

Stellungnahme der Aktion "Kinder in Gefahr" zu den Aussagen der Bundeskanzlerin bezgl. der sog. "Ehe für alle"

von Mathias von Gersdorff

Newsletter der Aktion „Kinder in Gefahr“ vom 27.06.2017

Bundeskanzlerin Angela Merkel ist in einer Veranstaltung der Zeitschrift "Brigitte" von ihrem eindeutigen "Nein" zur sog. "Ehe für alle" abgerückt. Gemeint ist die Öffnung des Ehegesetzes für gleichgeschlechtliche Paare. Konkret sagte Merkel, sie wünsche sich eine Diskussion, die "eher in Richtung einer Gewissensentscheidung geht". De facto würde das bedeuten, dass im Bundestag der Fraktionszwang aufgehoben wäre und die Abgeordneten des Koalitionspartners abstimmen, wie sie es wollen. In der Legislaturperiode 2013-2017 hat aus Gründen der Koalitionsrason die SPD darauf verzichtet, ein entsprechendes Gesetzesprojekt in den Bundestag zu bringen.

Die Aussagen der Bundeskanzlerin stellen einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik der CDU dar.

Wir halten die Entscheidung der Bundeskanzlerin für moralisch, rechtlich und politisch falsch und zudem höchst bedauerlich. Unsere wichtigsten Gründe für diese Beurteilung:

1. Mit der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare würde sich der Staat anmaßen, die Natur, den Begriff selbst der Ehe nach seinem Gutdünken zu definieren. Ein solcher Akt ist willkürlich und nicht anders als despotisch zu bewerten. Die Ehe zwischen Mann und Frau ist nämlich die Grundlage der Familie. Die Familie ist wiederum die Grundlage der Gesellschaft. Die katholische Soziallehre bezeichnet sie als die "Keimzelle der Gesellschaft". Dies bedeutet, dass die Ehe nicht nur eine immens hohe zivilisatorische Bedeutung besitzt, sondern auch (historisch und philosophisch) vor dem Staat existiert. Es steht deshalb dem Staat nicht zu, den Begriff der Ehe umzudefinieren. Die Politiker, die die "Ehe für alle" fordern, folgen implizit der Vorstellung eines allmächtigen Staates, der über allen Institutionen steht.

2. Die Aussage der Bundeskanzlerin folgt einer geradezu erpresserischen Kampagne der Parteien FDP, SPD und Grüne, die sich gegen die CDU richtete. Diese drei Parteien erklärten die Einführung der "Ehe für alle" zur Bedingung zum Beitritt einer Regierungskoalition auf Bundesebene. Einer solchen Erpressung nachzugeben ist unter der Würde eines C-Politikers und einer Bundeskanzlerin. Angela Merkel hätte unmissverständlich erklären sollen: "*Christen lassen sich nicht in einer derart wichtigen Sache erpressen.*"

3. Umfragen, die die gegenwärtige Einstellung der Bürger zu dieser Frage wiedergeben, zeigen, dass in der Tat eine Mehrheit für die "Ehe für alle" ist. Politik kann sich aber in einer dermaßen wichtigen Materie wie die Ehe nicht nach vergänglichen Stimmungen richten. Außerdem relativiert sich diese "Mehrheit", wenn man andere Einstellungen der Wähler betrachtet: Wenige sind beispielsweise für ein Adoptionsrecht für homosexuelle Paare und eine massive Mehrheit erachtet die eigentliche Ehe zwischen Mann und Frau als die erstrebenswerte Form des Zusammenlebens.

4. Die "*Christlich Demokratische Union*" betont stets, dass sie sich dem christlichen Menschenbild verpflichtet fühlt. **Die "*Ehe für alle*" entspricht aber gerade nicht dem christlichen Menschenbild, sondern folgt einer neomarxistischen, dekonstruktivistischen und poststrukturalistischen Pseudo-Moral die sowohl das Individuum als auch den Staat vergöttert und dazwischen liegende Institutionen, wie eben die natürliche, traditionelle Familie, missachtet. Es ist verblüffend, dass sich C-Politiker an einer solchen antichristlichen Weltanschauung orientieren.**

Die Aussagen der Bundeskanzlerin geschahen nicht in einer offiziellen Stellungnahme der CDU. Insofern besteht die Hoffnung, dass sie selbst ihre Position revidiert und dass die CDU als Partei ihnen nicht Folge leistet.

Für die DVCK- Aktion "*Kinder in Gefahr*"
Mathias von Gersdorff